

# Auer Tageblatt

## und Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Illustriertes Sonntagsblatt.

Verantwortlicher Redakteur:  
Karl Knechtel.  
Für die Inserate verantwortlich:  
Albert Gäßel.  
Breda in Aue.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags von 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Aue. — Fernsprecher 202.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Druck und Verlag  
Gebrüder Wuthner  
(Inh.: Paul Wuthner)  
in Aue.

Preis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 50 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 40 Pfg. und wöchentlich 10 Pfg. — Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 1.50 Mk. — Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 1.92 Mk. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Deutscher Postzeitungs-Katalog — Erscheint täglich in den Mittagsstunden, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen.

Annahme von Anzeigen bis spätestens 9 1/2 Uhr vormittags. Für Aufnahme von größeren Anzeigen an bestimmten Stellen kann nur dann gebürgt werden, wenn sie am Tage vorher bei uns eingehen.  
Inserationspreis: Die siebenzeilige Korpuszeile oder deren Raum 10 Pfg., Resten 25 Pfg.  
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

**Diese Nummer umfasst 10 Seiten**  
Inhalt: Siehe das achtseitige Sonntagsblatt bei.

### Das Wichtigste vom Tage.

Die sächsische Landessynode hat erklärt, daß vom kirchlichen Standpunkte kein Anlaß vorliegt, an der Feier des Epiphaniafestes eine Veränderung eintreten zu lassen, daß sie aber das Kirchenregiment zum Erlaß einer entsprechenden Verordnung ermächtigt, falls Regierung und Landtag die Verlegung der Epiphaniafeier auf den folgenden Sonntag beschließen.

Dr. Langenhans, der Bürgermeister von Köpenick, hat seine Amtsniederlegung gestern zurückgenommen.

Die Siebener-Kommission hat den preussischen Bundesminister für seine Haltung in der Bergarbeiterbewegung im Tadelwortum erteilt.

Der spanische Minister des Auswärtigen teilte dem Senat mit, daß demnächst ein Notbuch über die Konvention von Algicieras zur Verteilung kommen werde.

Kaisers mit 500 Bewaffneten zur Eroberung von Arzila ausgerückt.

\* Näheres siehe unten.

### Politischer Wochen-Rückblick.

Die bevorstehende parlamentarische Herbstsession weist ihre Schatten voraus, und so verlaute denn bereits aus offiziellen Quellen, daß der Bundesrat schon demnächst an die Beratung der Einzelrats gehen werde. Mehr erfahren wir aber nicht, und so bleibt denn nach wie vor das Frage- und Antwortspiel für die Verantwörtlichen interessant, was uns eigentlich der Reichstag an Ueberraschungen bringen wird. Nun, mit angenehmen Ueberraschungen hat uns der Schatzkanzler noch nicht bedacht und deshalb ist es besser, wenn die Fiskalkolonnen des Reichsbudgets das öffentliche Interesse möglichst wenig ergötzen.

Wenn unter Reichstag etwas anderes als eine blasse Abstimmungsmaschine wäre, so könnte man sich auf heilige Redeschlachten gefaßt machen, denn während des halben Jahres, das die Herren Abgeordneten fern von Berlin am häuslichen Herd verbrachten, hat sich auf dem politischen Welttheater sehr viel verändert. Stoff ist genug vorhanden, um Dupende von Interpellationen an den Reichstagskanzler zu richten, aber es ist leider in dieser Beziehung sehr übel mit unseren Reichstagen bestellt. Denn eine Kritik an der auswärtigen Politik des Fürsten Bismarck üben in der Regel nur die radikalen Elemente, die dabei mehr Schaden als Nutzen anrichten, und wenn von anderer Seite eine Anfrage an den Kanzler gestellt wird, so handelt es sich fast immer um eine abgetarnte Komödie.

So wäre es gewiß eine höchst dankenswerte Aufgabe, in der parlamentarischen Diskussion so bald als möglich die Frage anzusprechen, wie es sich mit der englisch-französischen Militärkonvention und dem Dreibund verhält. Man kann zwar von vornherein davon überzeugt sein, vom Bundesratsseite nur allgemeine Redensarten darüber zu hören, nach dem Prinzipie gedreht, daß die Sprache nur dazu da sei, die Gedanken zu verbergen. Aber vielleicht würde eine solche Debatte die maßgebenden Stellen wenigstens darüber aufklären, wie man im Falle über die auswärtige Politik des neuen Kaisers denkt, denn der Abbruch der öffentlichen Meinung in der Presse, speziell in der deutschen, bedeutet für die hohen Herrschaften doch nichts anderes als Dandelschwärze.

In österreichischen Abgeordnetenhause, dessen Tonart wir beileibe nicht als leuchtendes Vorbild empfehlen wollen, ist man der Regierung gegenüber weit weniger rücksichtslos, und die deutschen Parteien haben sich nach dem Rücktritt Gotschowskis sofort keilt, an den Ministerpräsidenten Freiherrn von Beck eine diesbezügliche parlamentarische Resolution zu richten. Interessant genug, auch für Deutschland sind ja entschieden die Anbelegungen, die zwei der allerwichtigsten Staatsämter der habsburgischen Monarchie erfahren haben. Mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten wurde wieder einmal ein deutscher Kavallerist betraut, von dem man in Berlin nur weiß, daß er als österreichisch-ungarischer Botschafter am Petersburger Hofe ausgezeichnet verstanden hat, die Beziehungen zwischen Rußland und seinem Vaterlande zu den denkbar freundschaftlichsten zu gestalten. Wie es heißt, soll Baron Khevenhull seine diplomatische Tätigkeit in Petersburg nur als Vorstufe zu der Bewirklichung der Freie betrachten haben, den moskauer Orden durch ein Dreikaiserbündnis zu erhalten. So wenig wir nun von den im politischen Zustände des Reichs erhaben sind, so sehr wünschen wir natürlich, daß es den neuen Herrn am Ballhausplatz gelingen möge, sein Ziel zu erreichen. Denn abgesehen davon, daß es zwischen den drei Kaisern

reichen Europas bei einigem gutem Willen keine ernstlichen Reibungsflächen gibt, würde ihr Zusammenschluß einen politischen Machtfaktor ergeben, fast genug, allen anderen Großmächten zusammen mit Erfolg die Spitze zu bieten. Hoffentlich verpaßt Fürst Bismarck nicht den Anblick.

Höchst bemerkenswert ist auch, daß an Stelle des Kriegsministers Ritterich Feldzeugmeister Schönauich, einer der befähigten Generale der österreichischen Armee, getreten ist. Und da er ein überzeugter Anhänger der Notwendigkeit der deutschen Arme- und Kommandosprache ist, so muß seine Ernennung als ein Zeichen dafür aufgefaßt werden, daß der alte Kaiser wieder, einmal auf jene Ratgeber gehört hat, die den Magyaren feindlich gegenüberstehen. Allerdings, wenn Herr von Ritterich an Stelle des Grafen von Czele des Generalstabs der österreichisch-ungarischen Armee werden sollte, so könnte man von diesem Personalwechsel mit einem jüdischen Sprichwort sagen: Gehäpft wie geprüngelt. Denn Herr von Ritterich hat sich während der vier Jahre seiner Amtstätigkeit den magyarschen Forderungen bezüglich der Magyarisierung des ungarischen Teiles der gemeinsamen Wehrmacht so gefällig gezeigt, daß seine Ernennung zum Generalstabschef eine neue schwerwiegende Konzession an die derzeitige: Machthaber in Budapest bedeuten würde.

Nun haben die Franzosen endlich ihr Kabinett Clemenceau das schon seit Jahren am politischen Horizont herumspulte, in Wirklichkeit erhalten, und es wird sich bald zeigen, ob der ehemalige hochbegabte Journalist als leitender Staatsmann das halten wird, was er versprochen hat. Deutschland steht dem neuen französischen Ministerium ebenso neutral gegenüber wie dem Kabinetten Combes und Sarrien und hält sein Pulver trocken.

In Rußland scheint es wieder etwas zu rumoren, doch da die Nachrichten über die Unruhen fast ausschließlich aus Londoner Quellen stammen, so verzieht sich eine gewisse Reserve diesen Meldungen gegenüber vor sich. Die englischen Blätter haben über Rußland schon soviel zusammengelassen, daß sie nur sehr wenig Anspruch auf Glaubwürdigkeit erheben dürfen. Die Situation in dem westwärtsigen Rußland macht jetzt auf den unbefangenen Beobachter vielmehr den Eindruck, daß die Volksmassen, namentlich die arbeitenden Bürgerkreise, das revolutionäre Fieber überwinden haben und eine Besserung der sozialen Zustände von der Arbeit der neuen Reichsдума erwarten. Es dürfte vielmehr die Zeit der Reform gekommen sein. Volk und Staat sind des zweijährigen Naders müde geworden und gehen daran, das Reich auf einer neuen modernen Basis aufzubauen.

### Politische Tageschau.

Aue, 27. Oktober 1906.

#### Der polnische Kinderkrieg.

Einen polnischen Generalkrieg als Antwort auf die preussische Schulpolitik empfiehlt der Dniennik Kujawski. Es gäbe bereits polnische gewerbliche Verbände, nun müßten auch landwirtschaftliche Verbände geschaffen werden. Wenn man das gesamte polnische Volk in dieser Weise organisierte, dann würde man sich erst der in ihren Folgen geradezu fürchterlichen Waffen des passiven Widerstandes, des Generalkrieges gegen die Verfolger bedienen können. Dann müßten sämtliche deutsche Fabriken ihre Tätigkeit aus Mangel an Arbeitern einstellen, die Zuckerrüben würden erfrieren, die Kartoffeln würde der Schnee bedecken, und während der Ernte würde den Preußen das Getreide auf dem Felde verfaulen. Für einen solchen Generalkrieg müßte sich selbst nötige Geld finden. Die polnische Bevölkerung würde sich selbst besteuern und auch das Ausland würde die hiesigen Polen nicht verlassen. Dieses Pronunciamento läßt zur Genüge erkennen, in welchem fanatischen Kampfe die polnischen Heher sich zurzeit befinden. — Ueber den Streik der höheren Töchter in Krotoschin berichtet das Wissaer Tageblatt noch folgende merkwürdige Einzelheiten: Die Tochter eines früheren Oberlehrers, jetzigen Generalagenten, forderte die Mitschülerinnen mit erhobener Hand auf, ja keine deutschen Antworten im Religionsunterrichte zu geben, was natürlich befolgt wurde. Eine Lehrerstochter Czognewski, die an der Anstalt Freischule genest, beteiligt sich in ausgiebiger Weise am Streik, desgleichen eine weitere Lehrerstochter und die Tochter des Gerichtsekretärs, obwohl ihre Väter die Ostmarkenzulage nicht verschmähen. — In 21 Kreisshulinspektionsbezirken des Reglerungsbezirks Bromberg haben bisher zwanzigtausend polnische Kinder, etwa die Hälfte der in Frage kommenden, den Gehorsam beim deutschen Religionsunterricht verweigert.

#### Eine Kolonialrede des Herzogs Johann Albrecht zu Mecklenburg.

Die Herbsttagung der deutschen Kolonialgesellschaft wurde gestern vormittag in Leipzig mit einer internen Vorstandssitzung eingeleitet. In seiner Eröffnungsgrede sagte der Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg: Die Enthüller bringen die Anklagen immer nur Teilchen für Teilchen und rühren mit erlöschendem Behagen uralte, längst abgetane (?) Sachen wieder auf. Vergessens aber sucht man in ihnen das Bestreben, die Verhältnisse wirklich zu bessern und Sorge zu tragen, daß in Zukunft die wirklichen Mißstände Abhilfe finden.

Schwer ist es bei solcher Sachlage, den Versicherungen dieser Enthüller zu glauben, daß sie wirklich nur das Beste unserer Kolonien und unseres Vaterlandes wollen. — Umso mehr ist es aber an uns, den Weg zu suchen, auf dem wirklich vorhandene Mißstände abgestellt und Verbesserungen getroffen werden können und immer und immer wieder auf ihn hinzuweisen. Die Kolonien sind nicht eine bloße Last für unser Vaterland wenn sie nur richtig entwickelt werden. (Daran fehlt es ja eben. Die Red.) Gerade wir haben an erster Stelle die Pflicht, in solche positive Arbeit einzutreten, und ich bitte Sie, den Beweis dafür, daß wir hierzu gewillt sind, durch die Art unseres heutigen Verhaltens zu erbringen.

Weiter erhalten wir noch folgende Meldung:

Der Herzog sagte ferner: Fern liegt es jemand von uns, einen wirklich Schuldigen in Schutz nehmen zu wollen. Deshalb, fuhr der Herzog fort, trete er für den tüchtigen Beamten und Offizier, für den fleißig arbeitenden Kaufmann und Farmer ein und gegen gemeinen Klatsch hier und draußen und die untätigen Personen und Gesellschaften. Es müsse durch Vergangenes ein Strich gemacht, der Bild frei und offen in die Zukunft gerichtet und positive Arbeit geleistet werden. Man könne nicht ernten, kaum das man gesät habe. Nachmittags fand eine Festigung statt, in der Schanz-Chemnitz über die Unternehmungen des kolonialwirtschaftlichen Komitees zur Aufbarmachung der deutschen Kolonien sprach. Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg wandte sich in einer Ansprache an die Damen und forderte zur Gründung eines Frauenheims in Windhuf auf, zu dessen Einrichtung bereits erfreuliche finanzielle Ergebnisse zu verzeichnen seien. Redner bat alle, mitzuhelfen an diesem Werk für die deutschen Schwestern draußen.

Der Kaiser gedenkt, der heutigen Antrittsvorlesung des Professors John William Burgess von der Columbia-Universität zu New York, ersten Inhabers der Theodor Roosevelt-Professur an der Berliner Universität, in der Aula der Universität beizuwohnen. An die Rede des Professors Burgess wird sich eine Erwiderung des Rectors der Universität, des Professors Raftan, anschließen, und man nimmt an, daß auch der Kaiser einige Worte sprechen wird.

Zur Braunschweigischen Thronfolgefrage. Das Schweriner Hofmarschallamt erklärt die Nachricht, daß der Großherzog von Mecklenburg Einigungsverhandlungen zwischen Berlin und Gmunden eingeleitet oder übernommen habe, als völlig unbegründet.

Mit der Vergrößerung des Nordostkanals scheint die Regierung nun an den Reichstag gehen zu wollen. Nach einer Mitteilung soll es sich hierbei nicht nur um eine wesentliche Verbreiterung und Vertiefung der Schleusen, sondern der gesamten Anlagen des Kanals handeln. Wenn das richtig ist, würden sich die Kosten vielleicht auf einige hundert Millionen belaufen. — Wir haben's ja dazu!

Die Berliner Unterrichtsbehörde, die an sich nicht gerade viele Freunde zählt, hat sich endlich zu einer Tat aufgerafft, die man schon lange gefordert hat: sie verbietet den ferneren Bezug aus Rußland. Auch die anderen Staatsangehörigen, mit Ausnahme der Deutsch-Ostpreußen, sollen strengeren Aufnahmebestimmungen unterworfen werden. Das ist nur vernünftig, wenn auch von gewisser Seite diese Verordnung als nicht im Einklang mit dem deutschen Gerechtigkeitssinn betrachtet werden mag. Wir haben nun lange genug zugehört, wie fremde Studenten sich an unseren Hochschulen und Universitäten immatrikulieren ließen, obwohl ihre Vorbildung lange nicht so lächerlos war, wie man sie bei deutschen Studierenden verlangt. Die Herrschaften — sie kamen zumeist aus dem Osten — warfen sich mehr auf die praktischen Fächer, werden in Deutschland mit unserer aufstrebenden Technik betannt, lernten auch ein gutes Teil, und gingen dann heim, um ihre Kenntnisse nutzbringend zu verwerten. Und die deutschen Ingenieure, die früher draußen waren, um der Technik auch in den Ländern der aufgehenden Sonne zum Siege zu verhelfen, wurden heimgeschickt. Der deutsche Markt im Ausland ging zurück, weil in Rußland, in Japan usw. von in Berlin und dem übrigen Deutschland ausgebildeten Eingeborenen selber Fabriken errichtet, und im Lande wesentlich billiger gearbeitet wurde, als im deutschen Reich. So hat man sich aus lauter Vertrauensübelkeit eine Konkurrenz, großgezichtet, die uns jetzt schwer zu schaffen macht, und das viele gerühmte deutsche Gastrecht ist uns zum schweren wirtschaftlichen Schaden geworden. Es wäre lange an der Zeit gewesen, diesem Unwesen zu steuern, und fast will uns dünken, als ob die Berliner Behörde, die hoffentlich die weitestgehende Ausdehnung findet, schon recht spät käme. Aber besser spät als gar nicht. Uebrigens mögen bei dem neuerlichen Beschluß wohl auch politische Motive mitgewirkt haben — man will offenbar mit der revolutionären russischen Studentenschaft möglichst wenig zu tun haben. Und dieser Wunsch ist recht berechtigt!

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck empfing gestern vormittag den für China ernannten Kaiserl. Gesandten Grafen Rex und hatte eine längere Besprechung mit dem Minister der geistlichen etc. Angelegenheiten Dr. v. Studt.

Bei der Landtagswahl im Wahlkreis 7 Potsdam (Westhavelland, Brandenburg, Zauch-Belzig) wurde gestern